



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON
UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF

April - Juni 2014

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOCUMENTIERTE FRAUEN

UNDOCUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

VERANSTALTUNGEN

WEITERE NACHRICHTEN

GRENZEN

BULGARIEN / Politische Opposition fordert Verteidigungsminister aufgrund der Verzögerungen beim Bau von Grenzzaun zum Rücktritt auf

Die bulgarische Oppositionspartei *Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens* (GERB) forderte den Verteidigungsminister des Landes Angel Naydenov zum Rücktritt auf, da er die Forderung, den Bau eines Zaunes an der bulgarisch-türkischen Grenze fertigzustellen, nicht eingehalten hat. Mit dem Bau eines Zaunes an der bulgarisch-türkischen Grenze wurde Ende 2013 begonnen, um irreguläre Migration zu verhindern. Die Behörden kündigten an, dass der Zaun im Frühjahr 2014 fertiggestellt werden würde. Für den 30 Kilometer langen Zaun werden 600 Kilometer Stacheldraht benötigt. Er wird knapp fünf Millionen Euro kosten.

Quellen: [Novenite](#), 16. Januar 2014; [Focus News Agency](#), 10. Juli 2014

SPANIEN / Bericht über die Menschenrechtssituation an der spanischen Südgrenze

Die Organisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA) hat im April 2014 ihren Jahresbericht "Derechos Humanos en la Frontera Sur 2014" (Menschenrechte an der Südgrenze 2014) veröffentlicht. APDHA hob besonders die Verletzung von Grundrechten an der spanischen Grenze bei irregulären Grenzübertritten in Ceuta und Melilla hervor. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass eine Änderung der Politik notwendig sei, um den tatsächlichen Gegebenheiten der Migration langfristig gerecht zu werden. Die Organisation schlägt politische und rechtliche Schritte vor, wie z.B. die Bereitstellung weiterer regulärer Möglichkeiten für Migration und die Ausweitung der Kriterien für Familienzusammenführungen. Über 500 Menschen sind seit Jahresbeginn in die spanischen Enklaven gekommen. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#).

Quelle: [Periodismo Humano](#), 22. April 2014

ITALIEN / Appell an die EU wegen Anwachsen der Anzahl der Ankünfte von Migrant/inn/en steigt

Mehr als 52.000 Migrant/inn/en haben seit Januar 2014 Italien erreicht, was sehr wahrscheinlich dazu führen wird, dass das Land den bisherigen Rekord von 62.000 Ankömmlingen im Jahr 2011 überschreiten wird. Im Vorfeld des Europäischen Ratstreffens am 26. und 27. Juni 2014 in Brüssel, drängte Italiens Premierminister Matteo Renzi auf mehr Unterstützung. Aber die EU-Innenkommissarin, Cecilia Malmström, erklärte, dass die EU die Kosten für Italiens Such- und Rettungsaktion "Mare Nostrum" nicht übernehmen werde. Auch wenn die Operation "Mare Nostrum" – die seit letztem Oktober von der italienischen Regierung durchgeführt wird – tausende Menschenleben gerettet hat, kommen weiterhin Migranten auf See ums Leben.

Quellen: [The Wall Street Journal](#) 25. Juni 2014; [The Wall Street Journal](#) 26. Juni 2014

VEREINTE NATIONEN

UN / Allgemeiner Diskussionstag des UN Ausschusses über die Rechte von Arbeitsmigranten zum Thema Ausbeutung am Arbeitsplatz und Schutz am Arbeitsplatz

Der Ausschuss über die Rechte von Arbeitsmigranten und ihrer Familienangehörigen (CMW) der Vereinten Nationen veranstaltete am 7. April 2014 in Genf einen Allgemeinen Diskussionstag (Day of General Discussion, DGD) zum Thema Ausbeutung am Arbeitsplatz und Schutz am Arbeitsplatz. Der Allgemeine Diskussionstag fand im Rahmen der 20. Sitzung des Ausschusses vom 31. März bis 11. April 2014 in Genf statt. Etliche der Redner/innen thematisierten die besondere Schutzlosigkeit undokumentierter Arbeitsmigranten und die Notwendigkeit, die UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familienangehörigen tatsächlich umzusetzen. Referate und schriftliche Beiträge von Organisationen der Zivilgesellschaft finden Sie [hier](#). Weitere Informationen zum UN-Ausschuss über die Rechte von Arbeitsmigranten erhalten Sie [hier](#).

CRC / Beschwerdemechanismus für Kinder tritt in Kraft

Am 14. April 2014 trat das dritte Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes ([Third Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child](#), OP3) in Kraft. Damit können Kinder beim UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (CRC) Beschwerde einlegen, wenn ihre Rechte in Ländern verletzt werden, in denen der Mechanismus ratifiziert wurde. Dies sind aktuell: Albanien, Bolivien, Costa Rica, Gabun, Deutschland, Montenegro, Portugal, Slowakei, Spanien und Thailand. OP3 stellt drei mögliche Mechanismen zur Verfügung, mittels derer Kinderrechtsverletzungen angefochten werden können: individuelle Beschwerden, Anfragen (für schwerwiegende oder umfassende Verletzungen) und zwischenstaatliche Kommunikationen. Weitere Informationen erhalten Sie im „Handbuch für das Beschwerdeverfahren“ ([Toolkit on the complaints procedure](#)) der Organisation Child Rights Information Network.

Quelle: [ESCR-Net](#), 14. April 2014

BERICHT / Ausbeutung von Arbeitsmigranten

Der Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten von Migrant/inn/en, François Crépeau, hat am 3. April 2014 einen Bericht zur Ausbeutung von Arbeitsmigranten veröffentlicht. Der Bericht stellt fest, dass irreguläre Migration oft das Ergebnis fehlender regulärer Migrationsmöglichkeiten ist, trotz des oft unerkannten Bedarfs an ihrer Arbeitskraft in den Zielländern. In Anerkennung der besonderen Schutzlosigkeit irregulärer Arbeitsmigranten empfiehlt der Bericht unter anderem, effektive Sanktionen gegen Arbeitgeber, die irreguläre Migrant/inn/en ausbeuten, zu verhängen. Für den vollständigen Bericht klicken Sie bitte [hier](#).

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

EUROPARAT / Bericht zu den Rechten von jungen Migrant/inn/en im Alter von 18 Jahren

Der Europarat hat am 13. März 2013 einen Bericht mit dem Titel „Migrantenkinder: Welche Rechte mit 18?“ (engl. Migrant children: what rights at 18?) angenommen. Der Bericht berücksichtigt die Schutzlosigkeit, der junge Migrant/inn/en ausgesetzt sind, seien sie unbegleitet oder in Begleitung ihrer Eltern oder anderer Betreuungspersonen, wenn sie die Volljährigkeit erreichen und somit jeden Schutz verlieren, unter dem sie als Kinder standen. Die im Bericht enthaltenen Empfehlungen schlagen eine Übergangsphase zwischen 18 und 25 Jahren vor, um Jugendlichen mit besonderen politischen Maßnahmen zu helfen und ihnen Unterstützung zu bieten, bis sie unabhängig handeln können. Den Bericht und die Resolution finden Sie [hier](#).

EUROPARAT / Resolution zur Staatsbürgerschaft fordert Zugang zu Geburtsregister, unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat die Resolution zum „Zugang zur Staatsbürgerschaft und zur effektiven Umsetzung der Europäischen Konvention zur Staatsbürgerschaft“ (engl. Access to nationality and the effective implementation of the European Convention on Nationality) am 9. April 2014 verabschiedet (Resolution 1989 (2014)). Neben anderen Empfehlungen ruft die Versammlung die Mitgliedsstaaten dazu auf, „die Verfahren zur Registrierung, sofern nötig, zu stärken, um sämtliche Hindernisse bei der Registrierung von Geburten zu entfernen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der betroffenen Neugeborenen“. Die Resolution finden Sie [hier](#).
Quelle: [University of Girona Chair of Immigration Rights and Citizenship](#), Bulletin of Legal and Institutional Policies 23, März 2014

EUROPARAT / Abkommen gegen Gewalt an Frauen in Kraft getreten

Am 1. August 2014 trat Abkommen des Europarats zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Kraft. Mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten des Rats (36 von 47) haben das Abkommen unterzeichnet. Soweit haben bereits [14 Länder das Abkommen verabschiedet](#). Das Abkommen, das auch „die Istanbul-Konvention“ genannt wird, ist das erste EU-Abkommen, das speziell Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt betrifft.

Quellen: [Council of Europe](#), Mai 2014; [Human Rights Watch](#), 24. April 2014

EU-KOMMISSION / Aktualisierung der Mitteilung zur „Sondereinheit Mittelmeerraum“

Die Europäische Kommission hat am 22. Mai 2014 eine Aktualisierung zur „Umsetzung einer Mitteilung über die Arbeit der Sondereinheit Mittelmeerraum“ (engl. Task Force Mediterranean) veröffentlicht. Die Aktualisierung beschreibt die in den fünf Hauptbereichen durchgeführten Maßnahmen: verstärkte Grenzkontrollen; Unterstützung der einzelnen Mitgliedsstaaten sowie deren Solidarität untereinander; regionale Schutzprogramme, Umsiedlung und legale Möglichkeiten für Migrant/inn/en, nach Europa einzureisen; Zusammenarbeit mit Drittländern; der Kampf gegen Drogenschmuggel und -handel sowie gegen das organisierte Verbrechen. Die Aktualisierung der Mitteilung finden Sie [hier](#). Den Anhang mit einer Liste der Aktivitäten der Einheit finden Sie [hier](#).
Quelle: [European Council on Refugees and Exiles](#) (ECRE), 30. Mai 2014

EU-KOMMISSION / Vorschläge zur Änderung der Dublin-Verordnung bezüglich unbegleiteter Kinder

Die Europäische Kommission hat am 26. Juni 2014 Vorschläge zu einer Änderung der Dublin-II-Verordnung bezüglich unbegleiteter Kinder vorgestellt. Demnach soll das Land, in dem sich ein unbegleitetes Kind aufhält, die Verantwortung dafür tragen, einen Antrag auf Asyl zu stellen, selbst wenn das betroffene unbegleitete Kind bereits einen Asylantrag in einem anderen EU-Staat gestellt hat. Die Vorschläge thematisieren zwar die Schutzlosigkeit unbegleiteter Kinder, beziehen sich jedoch nur auf jene Kinder, die keine Familie, Geschwister oder andere Verwandte in der EU haben. Die Vorschläge zur Änderung des Abkommens basieren auf einem [Urteil des Europäischen Gerichtshofs](#) vom 6. Juni 2013, laut dem der Mitgliedsstaat in dem ein Kind sich aufhält, das in mehr als einem EU-Staat einen Antrag auf Asyl gestellt hat, für die Prüfung des Antrags zuständig ist.

Quelle: [European Commission Press Release](#); 26. Juni 2014

EUROPÄISCHER RAT / Schlussfolgerungen: "resolute" Maßnahmen gegen irreguläre Migration

Der Europäische Rat tagte am 26. und 27. Juni in Brüssel. In seinen Schlussfolgerungen einigte sich der Rat auf strategische Leitlinien für die gesetzliche und operative Planung in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Justiz für die kommenden fünf Jahre. Der Europäische Rat betonte, dass es zu den Prioritäten gehört, legale Maßnahmen und bereits existierende politischen Maßnahmen effektiv umzusetzen. Der Rat fordert weiterhin, dass die Vertragsgrundsätze der Solidarität und der geteilten Verantwortung, wie in Art. 80 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt, die einzelnen Mitgliedsstaaten und die EU insgesamt zu einem System von effizienter und gut organisierter Migration, Asyl- und Grenzpolitik führen sollen. Der Rat rief zudem dazu auf, Strategien zu entwickeln, Möglichkeiten und reguläre Wege für eine Migration nach Europa zu maximieren, während gleichzeitig „resolute Maßnahmen gegen die irreguläre Migration“ getroffen werden sollen. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates finden Sie [hier](#).

Quelle: [European Council Conclusions, 26-27 June 2014](#)

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

FRANKREICH / Vermehrt Regularisierungen im Jahr 2013

Der französische Innenminister Manuel Valls veröffentlichte am 10. April 2014 Zahlen über die Regularisierungen im Jahr 2013. Insgesamt wurden in Frankreich 35.204 Regularisierungen registriert. Dies ist ein Anstieg von 50% im Vergleich zum Jahr 2012. Die Zunahme der Regularisierungen wird vor allem auf Manuel Valls' Rundschreiben von 2012 zurückgeführt, welches Voraussetzungen für Regularisierungen erstellte und bezweckte, die auf Erwerbstätigkeit basierende Regularisierungen von Migranten zu vereinfachen. Obwohl die Anzahl der Regularisierungen 2013 zugenommen hat, bleibt die Abschiebungsrate in Frankreich hoch.

Quelle: [Le Monde](#), 10. April 2014

AKTIONSWOCHE / Teilnehmer/innen des internationalen Protestmarsches versammeln sich in Brüssel

Die Teilnehmer/innen der 'Karawane undokumentierter Migrant/inn/en und Flüchtlinge' ('Caravane des sans-papiers et réfugiés') kamen nach ihrem Marsch von Straßburg durch vier Länder am 20. Juni 2014 in Brüssel an. Die Teilnehmer/innen brachten ihre Forderungen nach Bewegungsfreiheit, nach der Aufhebung der Dublin-Verordnung und die Notwendigkeit, die Abschiebehaft zu thematisieren, zum Ausdruck. Bis zum 28. Juni fand in Brüssel eine Aktionswoche mit Versammlungen von Unterstützer/inne/n von Migrant/inn/en und Flüchtlingen, Protesten vor EU-Institutionen, Filmvorführungen und einer großen Demonstration am 26. Juni statt, während der Europäische Rat tagte.

Quelle: [La Caravane des Sans-Papiers et Réfugiés](#), Juni 2014 ; [Freedom not Frontex](#), Juni 2014

USA / Senat verabschiedet Revision des Einwanderungsgesetzes

Der US- Senat hat am 26. Juni 2014 die Überarbeitung des Einwanderungssystems des Landes mit 68 zu 32 Stimmen genehmigt. Der Entwurf des Einwanderungsgesetzes enthält Möglichkeiten für die geschätzten 11 Millionen undokumentierter und in den USA lebender Migrant/inn/en, die Staatsbürgerschaft zu erhalten, erhöht jedoch auch die finanziellen Mittel für Grenzschutz. Nach der Abstimmung des Senats kündigte das republikanisch dominierte Repräsentantenhaus an, die Maßnahmen des Senats nicht anzunehmen, und sich stattdessen auf viel begrenztere Rechtsvorschriften zu konzentrieren, die keine Wege zur Staatsbürgerschaft für undokumentierte Migrant/inn/en vorsehen.

Quelle: [New York Times](#), 27. Juni 2014

GESUNDHEITSVERSORGUNG

EUROPARAT / Neue HIV-Resolution verabschiedet

Am 23. Mai 2014 verabschiedete der Ständige Ausschuss im Auftrag der parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Resolution zum Thema 'Migrant/inn/en und Flüchtlinge und der Kampf gegen Aids' ('Migrants and refugees and the fight against AIDS'). Die Resolution zielt darauf ab, den Zugang zu erschwinglicher HIV/Aids-Prävention und Behandlung zu gewährleisten. Besonders erwähnt wird die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Migrations- und Gesundheitspolitik, einschließlich der Aufhebung von Verpflichtungen für im Gesundheitsbereich Beschäftigte, irreguläre Migrant/inn/en zu melden.

Quelle: [Resolution 1997 \(2014\) 'Migrants and refugees and the fight against AIDS'](#), 23. Mai 2014; [PACE: News](#), 23. Mai 2014

DEUTSCHLAND / Angestellte eines Aufnahmелagers für das Verweigern von dringender medizinischer Hilfe für Migrantenkinder mit Geldbuße belegt

Ein Gericht in der bayrischen Stadt Fürth entschied am 15. April 2014, dass die drei Angestellten des Aufnahmелagers in Zirndorf, Bayern, für das Verweigern von dringender medizinischer Hilfe für einen Jungen einer Roma-Familie aus Serbien Strafen zahlen müssen. Im Jahr 2011 erlitt der Junge eine lebensbedrohliche Meningokokken-Infektion mit sichtbaren schwarzen Flecken auf Gesicht, Armen und Beinen. Zwei Pförtner des Aufnahmелagers riefen jedoch keinen Krankenwagen, als die Eltern sie um Hilfe baten. Die Familie ging schließlich zu Fuß in das nächste Dorf, wo ihnen ein Kinderarzt half. Die Familie erstattete mit Unterstützung des Bayerischen Flüchtlingsrats Anzeige gegen die Angestellten des Aufnahmелagers. Am Tag der Urteilsverkündung berichteten Medien von einem anderen Fall in der Gegend von Hannover, wo eine Migrantin, deren ein Monat altes Baby schwer krank war, an der Aufnahme eines Krankenhauses abgewiesen wurde, da sie keinen Krankenschein vorweisen konnte. Eine Stunde später starb das Baby.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#) 15. April 2014; [Nürnberger Nachrichten](#), 30. Oktober 2013; [ProAsyl](#), 16. April 2014

STUDIE / Ärzte der Welt veröffentlicht Erkenntnisse über den Gesundheitszustand der meistgefährdeten Menschen in Europa

Am 13. Mai 2014 veröffentlichte die Organisation Ärzte der Welt die Studie "Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen, die mit mehreren Gefährdungsfaktoren konfrontiert sind in 27 Städten in 10 Ländern" ("Access to healthcare for people facing multiple vulnerability factors in 27 cities across 10 countries"). Basierend auf Daten, die im Laufe des Jahres 2013 gesammelt wurden, konzentriert sich die Studie auf die Betreuung von schwangeren Frauen und Kindern unter der Berücksichtigung von fast 17.000 Patient/inn/en, die in Programmen von Ärzte der Welt behandelt wurden. Über 60 Prozent der schwangeren Frauen, die mit Dienstleistungen von Médecins du Monde in 27 Städten Kontakt aufgenommen haben, hatten keine Aufenthaltserlaubnis. Der Bericht steht auf

Englisch und Französisch zur Verfügung und enthält auch Informationen, Daten und Videos auf Englisch, Französisch und Spanisch. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

ABKOMMEN / ILO–Protokoll und neuer Bericht über Zwangsarbeit

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) genehmigte am 11. Juni 2014 auf der Internationalen Arbeitskonferenz (ILC) ein neues Abkommen ([Protocol of 2014 to the Forced Labour Convention, 1930](#)), um den Kampf gegen Zwangsarbeit und moderne Formen der Sklaverei auszudehnen. Die ILO gab am 20. Mai 2014 außerdem eine neue Studie mit dem Titel 'Profit und Armut: Die Ökonomie der Zwangsarbeit' (['Profits and Poverty: The Economics of Forced Labour'](#)) heraus. Die Studie stellt fest, dass Zwangsarbeit in der Privatwirtschaft jährlich 150 Milliarden US-Dollar an illegalen Gewinnen generiert, etwa dreimal mehr als bisher angenommen. Ungefähr 99 Milliarden US-Dollar kamen aus kommerzieller sexueller Ausbeutung, während weitere 51 Milliarden US-Dollar aus wirtschaftlicher Zwangsausbeutung, darunter Hausarbeit, Landwirtschaft und andere wirtschaftliche Aktivitäten sowie das Baugewerbe, resultierten.

Quelle: [Human Rights Watch](#), 11. Juni 2014; [Panapress](#), 11. Juni 2014

USA / Handbücher über U-Visa für Opfer von Kriminalität am Arbeitsplatz und Seite über zeitlich begrenzte Arbeitsvisa

Das US-amerikanische National Employment Law Project (NELP) veröffentlichte am 19. Mai 2014 ein Praxishandbuch mit dem Titel 'U-Visa für Opfer von Kriminalität am Arbeitsplatz: Ein Praxishandbuch (['U Visas for Victims of Workplace Crime: A Practice Manual'](#))'. Das 190-seitige Handbuch beschreibt die Voraussetzungen für ein U-Visum, ein Visum für Migrant/inn/en, die Opfer von Verbrechen wurden, und stellt Anwäl/inn/en, Unterstützer/inn/en und anderen Fachleuten, die mit Migrantengemeinschaften arbeiten, einen Leitfaden zum Thema Arbeitsplatzkriminalität zur Verfügung, einschließlich einer juristischen Analyse und Beispielen zur Definition von krimineller Aktivität am Arbeitsplatz. Die Global Workers Justice Alliance rief am 31. März 2014 die Webseite „Visa-Seiten – befristete Arbeitsvisa in den USA“ („Visa Pages - U.S. Temporary Foreign Worker Visas“) ins Leben, eine Online-Quelle, die Informationen über zeitlich begrenzte Arbeitsvisa bietet. Die Quelle untersucht die neun häufigsten nicht-Einwanderungsvisa, die US-Arbeitgeber/innen benutzen um Menschen befristet in den USA arbeiten zu lassen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

STUDIE / Auswirkungen von Regularisierungsprogrammen auf Beschäftigungsmöglichkeiten für undokumentierte Migrant/inn/en

Am 28. März 2014 brachte das International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) die Studie über die Auswirkungen von Regularisierungen auf Beschäftigungsmöglichkeiten von irregulären Migrant/inn/en in sieben EU-Ländern heraus. Die Studie mit dem Titel "Machbarkeitsstudie über die Arbeitsmarktkarrieren von regularisierten Immigrant/inn/en in der Europäischen Union" ["Feasibility Study on the Labour Market Trajectories of Regularised Immigrants within the European Union (REGANE I)"] wurde von Oktober 2012 bis Dezember 2013 durchgeführt. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Möglichkeiten, dem informellen Arbeitsmarkt zu entkommen, Faktoren wie der Anerkennung von Qualifikationen, Zugang zu (Berufs-)Ausbildung, der Dauer des Aufenthaltes (bis zur Regularisierung), Geschlecht, Sozialsystem, der Arbeitsmarktstruktur und letztendlich dem Migrationsregime unterliegen. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#).

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

USA / Undokumentierte Hausangestellte gründen Kooperative, um ihre Arbeitsrechte zu wahren

Neben Berichten, dass 46 Prozent der Hausangestellten Migrant/inn/en und 35 Prozent keine US-Bürger/innen sind, schätzt die National Domestic Workers Alliance (Nationale Vereinigung von Hausangestellten) auch, dass Lohndiebstahl – die Unterbezahlung von Arbeitnehmer/inne/n für Überstunden oder das vollständige Fehlen einer Bezahlung – geschätzte 105 Milliarden US-Dollar jährlich ausmacht. Um ihre prekäre Arbeitssituation zu verbessern, haben einige dieser Arbeiter/innen ihre eigene Kooperative gegründet. Motiviert durch niedrige Löhne, Lohndiebstahl und Missbrauch gibt es nun vier Kooperativen, die von undokumentierten Frauen geführt werden und im 'New York City Network of Worker Cooperatives' registriert sind. Die Gründung von Kooperativen ermöglicht es undokumentierten Tagelöhnerinnen, ihre Arbeitsbedingungen besser zu kontrollieren.

Quelle: [Aljazeera America](#), 12. Mai 2014

USA / Migrantinnen sind Schlüssel für die wirtschaftliche Unterstützung von Familien

Eine Studie des 'Inter-American Dialogue', einem Think-Tank mit Sitz in, zeigt, dass Migrantinnen in den USA häufiger Unterstützungszahlungen in ihre Heimatländer schicken als männliche Migranten. Nach Befragungen von 2.000 Migrant/inn/en in fünf US-Ballungsräumen kam die Studie zu der Erkenntnis, dass Frauen 2013 häufiger und größere Geldsummen in ihre Heimatländer schickten. Manuel Orozco, der im Think Tank zu Überweisungen in Heimatländer forscht, stellte fest, dass eine Aufenthaltserlaubnis für irreguläre Migrant/inn/en durch Einwanderungsreformen dazu führe, dass sie höhere Löhne verdienen könnten, sodass die Überweisungen in Heimatländer weiter ansteigen würden.

Quelle: [The Wall Street Journal](#), 6. April 2014

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

FRANKREICH / Französische Gerichte fällen Entscheidungen über Recht von Kindern auf Zugang zu Gerichten

Der Conseil d'Etat, Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht, hat im Mai 2014 entschieden, dass Kinder gerichtliche Verfahren einleiten können, wenn es um ihre Grundrechte geht. In der Vergangenheit hatten Kinder vor Gericht nur einen Status, wenn sie legal von der Abhängigkeit von ihren Eltern befreit waren. Von nun an kann ein Kind, auch wenn es nicht die Fähigkeit dazu hat rechtliche Schritte zu beschreiten, immer noch vor Gericht einen Status besitzen, wenn es um dringende Maßnahmen bezüglich des Schutzes der Grundrechte geht.

Quelle: [CRINmail](#) 33, 24. März 2014

ITALIEN / Staatsbürgerschaft für Kinder, die von Flüchtlingen in Italien geboren werden

Italien hat angekündigt, von Flüchtlingen in Italien geborenen Kindern, die italienische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Das italienische Staatsbürgerschaftsrecht wird derzeit in Gesetz Nr. 91/1992 geregelt und basiert auf dem Prinzip "ius sanguinis" (Recht des Blutes). Dies besagt, dass lediglich ein Kind, das eine italienische Mutter oder einen italienischen Vater hat, automatisch die italienische Staatsbürgerschaft erhält. Kinder, die in Familien von Migrant/inn/en geboren werden, erhalten so nicht automatisch die italienische Staatsbürgerschaft, auch wenn sie in Italien geboren sind und dort ihr gesamtes Leben verbringen.

Quelle: [Stranieri in Italia](#), 4. Juni 2014; [UNHCR](#), 5. Juni 2014

NIEDERLANDE / Gericht erklärt Asylkriterien für „Kinderamnestie“ für rechtmäßig

Der niederländische Berufungsgericht hat die unterschiedliche Behandlung von Kindern mit und ohne Asylhintergrund bei der „Kinderamnestie“ für rechtmäßig erklärt. Die Kinderamnestie (kinderpardon) ist ein Mechanismus der Regularisierung von Kindern, die vor Vollendung des 18. Lebensjahrs mehr als fünf Jahre ohne Unterbrechung in den Niederlanden gelebt haben, und deren Antrag auf Asyl nicht stattgegeben wurde. Das Urteil können Sie [hier](#) (auf Niederländisch) nachlesen.

Quelle: [Stichting LOS, Newsletter, Volume 4 No. 9, 28. April 2014](#)

BERICHTE / Migrantenkinder von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht

Save the Children hat einen neuen Bericht mit dem Titel "Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa: Eine Frage von Kinderrechten" („Child Poverty and Social Exclusion in Europe: A matter of children's rights“) veröffentlicht, der auf einen umfassenden rechtsbasierten Ansatz plädiert, um gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Europa vorzugehen. Der Bericht hebt dabei insbesondere das Armutsrisiko von Migrantenkindern und Kindern mit Migrationshintergrund hervor. Der Bericht kann [hier](#) heruntergeladen werden. Das EU-Netzwerk unabhängiger nationaler Sachverständiger auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung hat ebenfalls einen Länderbericht für alle 28 EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht, ebenso wie einen zusammenfassenden Bericht über die Implementierung der Empfehlung der EU-Kommission „In Kinder investieren: Den Kreis der Ungleichbehandlung durchbrechen: Eine Studie zu nationalen Politiken“ („Investing in children: Breaking the cycle of disadvantage: A study of national policies“). Die Berichte stehen [hier](#) zur Verfügung.

USA / Welle von Einwanderungen unbegleiteter Kinder

Eine noch beispiellose Zahl unbegleiteter Kinder kommt über die Grenze von Mexiko in die USA. Schätzungen von Regierungsmitarbeitern zufolge, könnte die Anzahl in diesem Jahr insgesamt 66.000 erreichen. Die Grenz- und Zollbehörde der USA berichtet, dass sie in diesem Jahr über 47.000 unbegleitete Kinder aufgenommen habe, nachdem diese die Grenze überschritten hatten. Dies seien doppelt so viele wie im ganzen Jahr 2013 und fast fünfmal so viele wie 2009. Präsident Barack Obama nannte die Situation "eine humanitäre Krise". Das US-Gesundheitsministerium nutzt in Texas einen Airforce-Flugplatz als eine provisorische Unterbringung für knapp 1.000 Kinder. Einige der Kinder sind erst drei Jahre alt. Unterdessen hat eine Gruppe von Menschenrechtsaktivist/inn/en am 11. Juni 2014 beim Ministerium für Nationale Sicherheit eine [Beschwerde](#) eingereicht, die angibt, dass den Kindern teilweise physische und verbale Gewalt angetan wurde.

Quellen: [The New York Times](#), 16. Mai 2014; [Democracy Now](#), 13. Juni 2014

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

FRANKREICH / Undokumentierte Kinder werden in Transitzonen interniert

Jedes Jahr werden bis zu 500 unbegleitete Kinder in Frankreichs Transitzonen an den Grenzen interniert. Nach Auskunft von Human Rights Watch (HRW) können undokumentierte Kinder in einer von über mehr als 50 Transitzonen bis zu 20 Tage lang festgehalten werden, eine Zeit, in der die französische Regierung behauptet, sie wären nicht auf französischem Boden. Dies erlaubt es der französischen Regierung, diesen Kindern prozessuale Rechte zu verweigern.

Quelle: [Human Rights Watch](#), 8. April 2014

MALTA / Malta bekennt sich zum Ende der Abschiebehaf von Migrantenkindern

Der Premierminister von Malta hat im Rahmen des maltesischen Freiheitstags am 30. März 2014 eine Erklärung veröffentlicht, in der sich Malta zur Beendigung der Abschiebehaf von Kindern im Land ausspricht. Maltas Politik der obligatorischen Internierung von Asylsuchenden und Migrant/inn/en wurde von der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft heftig kritisiert.

Quelle: [International Detention Coalition](#), April 2014

UNGARN / Das ungarische Helsinki-Komitee veröffentlicht Stellungnahme zu Bedingungen in Abschiebehaf

Das ungarische Helsinki-Komitee (HHC) hat am 28. März 2014 einen Bericht veröffentlicht, in dem es einen Überblick über die Bedingungen in der Abschiebehaf in Ungarn vorlegt. Der Bericht basiert auf Erkenntnissen, die das ungarische Helsinki-Komitee nach dem Besuch von verschiedenen

Abschiebehaftzentren im Land gewonnen hat. Im Juli 2013 verabschiedete Ungarn ein neues Asylgesetz, das es den ungarischen Behörden erlaubt, Migrant/inn/en zu inhaftieren, wenn beispielsweise der Verdacht besteht, dass sich diese verstecken könnten, oder wenn die Identität oder Nationalität der betreffenden Person nicht vollständig geklärt ist. Der Bericht stellt die Verletzung von Menschenrechten fest. Des Weiteren wurden auch Kinder unter 18 Jahren dort inhaftiert. Den Bericht (auf Ungarisch) finden Sie [hier](#). Den nationalen Länderbericht in der Asylum Information Database (aida) zur Internierung in Ungarn finden Sie in englischer Sprache [hier](#).

Quelle: [Migrant Solidarity Group Hungary](#), May 2014

LIBYEN / Folter in Abschiebehaft

Nach Informationen von Human Rights Watch (HRW), die am 22. Juni 2014 veröffentlicht wurden, wurden Migrant/inn/en in Abschiebehaft in Libyen systematisch gefoltert und misshandelt. Die Erkenntnisse einer Erhebung in Libyen im April 2014 zeigten, dass etwa 100 von 139 befragten Migrant/inn/en Folter oder anderen Formen der Misshandlung ausgesetzt waren. Die befragten Migrant/inn/en berichteten dabei von Peitschenhieben, Elektroschocks, Schlägen und Personen, die kopfüber an Bäume gehängt wurden. Abgesehen von körperlichen Misshandlungen wurden überdies massive Überfüllung, katastrophale sanitäre Bedingungen und mangelnde Gesundheitsfürsorge festgestellt. Laut HRW haben die EU und Italien diesen Zentren für die nächsten vier Jahre bereits mindestens 12 Millionen Euro zugesagt.

Quelle: [Human Rights Watch \(HRW\)](#), 22. Juni 2014; [The Guardian](#), 22. Juni 2014

UN / Zeugnisse von Kindern zu einem Ende der Einwanderungsinternierung

PICUM, Terre des Hommes, und die International Detention Coalition gaben beim UN-Menschenrechtsrat am 13. Juni 2014 eine gemeinsame [Erklärung](#) ab, die Zeugnisse von Migrantenkindern über ihre Erfahrungen in Abschiebehaft aufzeigt. Gefolgt wurde sie von einer Begleitveranstaltung am 19. Juni 2014 unter dem Titel „Ende der Abschiebehaft von Kindern“ („Ending Child Immigration Detention“), bei der ebenfalls die Zeugnisse von Kindern angehört und Strategien entwickelt wurden, um die Abschiebehaft von Kindern zu beenden. Mehr zu dieser Begleitveranstaltung finden Sie [hier](#).

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

KAMPAGNE / Neue Broschüre zu angemessenem Sprachgebrauch

Die Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM) stellte am 20. Juni 2014 eine [Faltblatt](#) vor, die sich mit einer präzisen Sprache über undokumentierte Migrant/inn/en beschäftigt. Die Broschüre führt Gründe an, warum der Begriff „illegale/r Migrant/in“ durch anerkannte Begriffe wie „undokumentiert“ oder „irregulär“ ersetzt werden sollte, und enthält ein Lexikon mit Übersetzungen dieser Begriffe in alle EU-Sprachen. Die Veröffentlichung ist Teil einer weiteren Kampagne für ein Ende der diskriminierenden und kriminalisierenden Sprache in Bezug auf undokumentierte Migrant/inn/en. Ausführlichere Informationen zu dieser Kampagne von PICUM können Sie [hier](#) finden.

VERANSTALTUNGEN

VERANSTALTUNG / Global Forum on Migration and Development

Vom 14. bis 16. Mai 2014 fand in Stockholm das 7. Globale Forum über Migration und Entwicklung (GFMD) statt. Nationale und internationale Führungskräfte diskutierten dabei über die Vorteile von

Migration für Gesellschaften und besprachen Themen wie irreguläre Migration und Arbeitsmigration. Die sogenannten Zivilgesellschaftstage (Civil Society Days) des GFMD unter dem Vorsitz der PICUM-Leiterin Michele LeVoy fanden vom 12. bis 14. Mai ebenfalls in Stockholm statt und führten fast 300 Expert/inn/en aus den Bereichen Migration und Entwicklung aus der ganzen Welt zusammen. Die Zivilgesellschaftstage hatten das Ziel, den für die nächsten fünf Jahre angesetzten 8-Punkte-Aktionsplan ([five-year eight-point Action Plan](#)) weiter voranzutreiben, der bereits im Oktober 2013 beim UN-Dialog über internationale Migration und Entwicklung vorgestellt wurde. Beiden Veranstaltungen war die zivilgesellschaftliche Plattform „People's Global Action on Migration, Development and Human Rights“ (PGA) vom 9. bis 11. Mai in Stockholm vorausgegangen. Die Kernaussagen der Veranstaltung können [hier](#) nachgelesen werden. Die Reden der Eröffnungsveranstaltung des GFMD, darunter auch die Rede des UN-Generalsekretärs und anderer Würdenträger, können Sie [hier](#) finden.

WEITERE NACHRICHTEN

FILM / „Dokumentiert: Ein Film von einem undokumentierten Amerikaner“

Der Journalist und Pulitzerpreisträger Jose Antonio Vargas hat einen Dokumentarfilm über sein Leben als undokumentierter Migrant in den USA mit dem Titel „Dokumentiert: Ein Film von einem undokumentierten Amerikaner“ (“Documented: A Film by an Undocumented American”) gedreht. 2011 machte Vargas seinen irregulären Status durch einen Artikel im New York Times Magazine öffentlich. In seinem Dokumentarfilm betont Vargas, Amerikaner zu sein, allerdings ohne Papiere, und dass er von einem Weg für die geschätzten 11 Millionen undokumentierten Migrant/inn/en in den USA träumt, die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Weitere Informationen über den Film erhalten Sie [hier](#).